

Memorandum der Sylter Runde
Turn Around Deutschland!
Mündige Bürger - Weniger Staat

Wir sind Bürger Deutschlands, die ihr Land an die Spitze bringen wollen. Wir setzen auf das in der deutschen Gesellschaft vorhandene Potential an Erfindergeist und Unternehmertum.

Wir gehen aus von einem Menschenbild freier und mündiger Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, Verantwortung für sich, ihre Familie und in der Gesellschaft zu übernehmen. Die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands verstehen, akzeptieren und leben ihre Pflichten und Rechte in Gesellschaft und Staat als *Lebensunternehmer*.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der

- ◆ die Freiheit und Würde des Menschen geachtet und gefördert werden,
- ◆ die Bürgerinnen und Bürger füreinander eintreten und sich gegenseitig fördern,
- ◆ Solidarität primär in den Lebensgemeinschaften der Bürger stattfindet, z.B. in Familie, Großfamilie, Nachbarschaft und Gemeinde,
- ◆ Subsidiarität als Grundprinzip der gesellschaftlichen Ordnung gilt, d.h. Entscheidungen und Handlungen auf möglichst niedriger, also bürgernahe Ebene erfolgen.

Wir wollen eine Gesellschaft pflegen, die sich ehrgeizige Ziele setzt und zu Offenheit, Neugierde und Experimentierfreude ermuntert, um Fortschritt zu ermöglichen.

Daraus folgt unser Staatsverständnis, nämlich ein Staat, der

- ◆ seine Bürgerinnen und Bürger als freie, mündige und verantwortungsbewusste Menschen achtet und fördert (aktivierender Staat),
- ◆ seinen Bürgern zutraut, gesellschaftliche Aufgaben und die Absicherung von Lebensrisiken in Eigenregie wahrnehmen zu können (Bildung, Altersvorsorge, Gesundheitswesen etc.).

Ein Staat also, der

- ◆ durch den Abbau von Bürokratie sowie die Senkung von Steuern und Abgaben die Voraussetzungen schafft, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Potentiale als Lebensunternehmer entfalten können,
- ◆ generell unternehmerisches Handeln in Deutschland erleichtert und anregt.

Dies erfordert einen Staat, der

- ◆ nicht bloß verwaltet, sondern nach unternehmerischen Prinzipien handelt und seine Bürger als Kunden betrachtet, für die er Leistungen erbringt,
- ◆ sich auf hoheitliche Aufgaben konzentriert,
- ◆ in anderen gesellschaftlichen Bereichen keine automatische Zuständigkeit für sich reklamiert, sondern nur Leistungen erbringt, wenn er von den Bürgern beauftragt wird,
- ◆ bei der Leistungserbringung generell Outsourcing-Möglichkeiten prüft.

Hierzu stellt der Staat Transparenz über Kosten und Qualität seiner Leistungen her.

Wir fordern daher:

Zur Schaffung eines unternehmerischen Staates u.a.:

- ◆ die Überführung des öffentlichen Tarifrechts in privates Recht,
- ◆ eine drastische Reduzierung von Verordnungen und Genehmigungsverfahren,
- ◆ eine Trennung des Staates von allen für die staatliche Aufgabenerfüllung nicht notwendigen Vermögenswerten.

Zur Erhöhung der Transparenz staatlicher Tätigkeiten u.a.:

- ◆ eine Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung statt immer noch vorherrschender Kameralistik,
- ◆ den drastischen Abbau von Subventionen zugunsten von zukunftsorientierten Investitionen,
- ◆ die zeitliche Befristung von Subventionen, die zudem direkt statt indirekt durch Steuervergünstigungen zu vergeben sind,
- ◆ die Identität von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung.

Hierfür ist eine Modifizierung der Staatsverfassung erforderlich, u.a. durch folgende Maßnahmen:

- ◆ Transparente Kandidatenauswahl und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei der Erstellung von Wahllisten,
- ◆ Beschränkung des Beamtentums auf hoheitliche Aufgaben,
- ◆ Einführung genereller Verfallsdaten für Gesetze und Durchführungsverordnungen,
- ◆ Leistungs- und marktgerechte Bezahlung von Politikern,
- ◆ klare Trennung von Legislative und Exekutive, beispielsweise durch Abschaffung des passiven Wahlrechts für öffentlich Bedienstete,
- ◆ Synchronisierung von Wahlterminen über alle Ebenen hinweg,
- ◆ mehr direkte Demokratie, insbesondere im kommunalen Rahmen,
- ◆ zeitliche Begrenzung von politischen Mandaten,
- ◆ konsequente und stringente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzip durch eine Reform des an sich sehr bewährten föderativen Staatssystems.

Wir erheben diese Forderungen, um aus unserer bürgerlichen Verantwortung heraus einen Beitrag zu einem erfolgreichen Turnaround unseres Landes zu leisten.

Sylt, im November 2003

Eva Aragonés	Philipp Butzbach	Roland Castringius
Anna-Katharina Caspary	Lia Eisenberg	Norbert Eisenberg
Wolfgang Franken	Jürgen Fuchs	Gottfried Götz
Harald von Kortzfleisch	Hanifa Moosa Fuchs	Norman Rentrop
Frank P. Schmitz	Norbert Szyperski	

www.sylter-runde.de

Dieses Memorandum wird auch von folgenden Personen unterstützt:

Ingo Hadrych	Christoph Ortmanns	Rüdiger Gelück
Gabriele Rossbach	Heinz Panzner	Karl-Heinz Jauch
Klaus-Peter Franz	Lena Mazanek	Jan Mazanek
Karl Butzbach	Hartmut Hitgen	Sascha Theismann
Klaus Hörung	Patricia Corboud	Ann-Kristin Achleitner
Thomas Raueiser	Karl Friedrich Triebold	Gerd Eickers
Thomas Rüdig	Andreas Hesse	Duarte Branco
Thomas Godehus	Günther Leue	Hartmut Rödiger
Hans-Günter Renkewitz	Ralf Reussner, Oldenburg	Ralf Reussner, Neuwied
Michael Gude, Köln	Dietmar Grichnik, Vallendar	Hans-Georg Torkel, Mülheim an der Ruhr

Stand: 16.11.2009